– Neuburg a.d. Donau, 8. August 2025 –

Planfeststellungsbeschluss zur Donaubrücke: Verwaltungsakt – kein Freifahrtschein – Faktencheck

Die zuständige Behörde Regierung von Oberbayern hat heute den Planfeststellungsbeschluss für das Bauvorhaben St 2035 Ortsumfahrung Neuburg an der Donau mit 2. Donaubrücke, einschließlich der Trasse durch den Englischen Garten, veröffentlicht. Das Aktionsbündnis „Auwald statt Asphalt“ nimmt dies zum Anlass, den Beschluss einzuordnen und – auch mit Blick auf die Vorstellung, der Brückenbau sei damit bereits endgültig beschlossen – Folgendes klarzustellen:

1 | Rechtsstatus des Beschlusses

Der Planfeststellungsbeschluss ist ein **verwaltungsrechtlicher Genehmigungsbescheid** – kein politischer Beschluss eines gewählten Gremiums. Er besagt lediglich, dass die Behörde den Straßenbau nach derzeitiger Aktenlage für genehmigungsfähig hält. **Er ersetzt damit keine politischen und finanziellen Entscheidungen.**

Der Neuburger Stadtrat wird zukünftig zu dem Vorhaben weitere Beschlüsse zu Finanzierung, Planung und Bau treffen müssen. Jeder einzelne dieser Beschlüsse kann den Bau stoppen.

2 | Juristische Überprüfbarkeit

Außerdem ist die Baugenehmigung noch nicht rechtswirksam. Mehrere Naturschutzverbände haben im Vorfeld angedeutet, **gegen einen potenziell positiven Beschluss klagen zu wollen**, da das Bauverfahren nach bisheriger Position, beispielsweise des Bund Naturschutz und des Landesbund für Vogelschutz, rechtswidrig ist. Solange diese Gerichtsverfahren nicht abgeschlossen sind, **ist der Planfeststellungsbeschluss nicht rechtskräftig und damit auch keine Grundlage für weitere Planungsschritte.**

3 | Finanzierung vollkommen offen

Diese vorläufige Baugenehmigung enthält **keinerlei Förderzusagen**. Eine vollständige Förderung, wie sie einzelne Stadträte in Aussicht stellen, hält das Aktionsbündnis „Auwald statt Asphalt“ für sehr unrealistisch. Dies ist in Angesicht der steigenden städtischen Schulden und der Baukosten, die wohl im dreistelligen Millionenbetrag liegen werden, äußerst relevant. Der Planfeststellungsbeschluss beinhaltet keine Bewertung der finanziellen Zumutbarkeit oder Wirtschaftlichkeit des Vorhabens.

4 | Weiterer Ablauf

Da mehrere Grundeigentümer den Verkauf ihrer Flächen bisher ablehnen und damit **Enteignungsverfahren** nach dem Bayerischen Landesrecht notwendig wären, wird sich das Verwaltungsgericht mit hiermit beschäftigen müssen. Dies führt erfahrungsgemäß zu weiteren – teils jahrelangen - Verzögerungen.

Doch selbst ohne Klagen liegen **mehrjährige Schritte** vor dem eigentlichen „ersten Spatenstich“:

1. Weitere Gutachten und Erfüllung von etwaigen Auflagen,
2. EU-weite Ausschreibung und Vergabe,
3. Sicherung der Finanzierung im städtischen Haushalt (besonders unter Berücksichtigung der erheblichen bzw. zu erwartenden Baukostensteigerungen und der Inflation).

– Neuburg a.d. Donau, 8. August 2025 –

Stellungnahme des Aktionsbündnisses

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der heutige Bescheid nicht als politisches Signal missverstanden werden darf. Es ist kein Bauauftrag, geschweige denn ein „erster Spatenstich“, sondern ein Verwaltungsschritt mit zahlreichen Fragezeichen. Unser Hauptziel bleibt der Schutz des einzigartigen Auwalds und eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik, die mit den finanziellen Handlungsspielräumen der Stadt vereinbar ist. Nach umfassender Auswertung der Begründung und Nebenbestimmungen wird sich das Bündnis erneut an die Öffentlichkeit wenden.